

4. Juni 2019

Was lange währt,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Job-Ticket ist ein Thema, das die VdB Bundesbankgewerkschaft schon seit 2016 in ihrem Wahlprogramm als Forderung auf die Agenda gesetzt hat. Motiviert durch das Land Hessen, das allen Beschäftigten mit einem Landesticket freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr ermöglicht, haben wir – zugegebenermaßen sehr couragiert – mit folgendem Antrag beim dbb Gewerkschaftstag Mitte 2017 Gehör gefunden:

Die Freifahrtberechtigung ist unentgeltlich für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund, Ländern und Kommunen, einschließlich der Auszubildenden. Der Nachweis der Nutzungsberechtigung erfolgt durch den Dienstausweis. Der geldwerte Vorteil wird durch die Behörde pauschal versteuert, bei der das jeweilige Beschäftigungsverhältnis besteht. Eine Sozialversicherungspflicht entsteht dadurch nicht. Die betroffenen Verkehrsverbünde erhalten von dem Arbeitgeber, bei der das Beschäftigungsverhältnis besteht, für jeden Beschäftigten einen pauschalen finanziellen Ausgleich.

Begründung:

Der öffentliche Dienst steht durch den demografischen Wandel vor erheblichen personellen Problemen. Um die dringend benötigten jungen und qualifizierten Nachwuchskräfte gewinnen zu können sind Verbesserungen der Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst dringend erforderlich. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der in Ballungszentren explodierenden Kosten für Wohnraum. Ein weiterer Vorteil wäre, dass diese Maßnahme wesentlich zur Verbesserung der Klimabilanz beitragen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb freuen wir uns, dass der Vorstand den Grundsatzbeschluss gefasst hat, allen Bundesbankbeschäftigten ein kostenfreies Job-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr anzubieten. Wir gehen von einer zügigen Umsetzung aus, und hoffen, dass viele von ihnen dieses Angebot nutzen können.